

Anhang

Tabelle A1: Zeittafel

09.1989	Erste Montagsdemonstrationen, Bildung erster oppositioneller Gruppen und Parteien
07.10.1989	Offizielle Feiern des 40. Jahrestags der DDR mit Protesten
18.10.1989	Rücktritt Erich Honeckers
04.11.1989	Protestkundgebung auf dem Berliner Alexanderplatz mit mehr als 500.000 Teilnehmern
07.11.1989	Rücktritt der DDR-Regierung
09.11.1989	Öffnung der Grenze durch ein neues DDR-Reisegesetz
18.11.1989	Bildung einer neuen Regierung unter Hans Modrow (SED), wie üblich mit Vertretern der Blockparteien CDU, LDPD, NDPD, DBD
22.11.1989	Einwilligung der SED in die Einrichtung „Runder Tische“ auf allen Ebenen
28.11.1989	Zehn-Punkte-Plan von Bundeskanzler Helmut Kohl zur Überwindung der deutschen Teilung über die Bildung einer Konföderation
01.12.1989	Streichung der Führungsrolle der SED aus der DDR-Verfassung durch die Volkskammer
03.12.1989	Rücktritt der gesamten SED-Spitze unter Egon Krenz
ab 04.12.1989	Besetzung der Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit in Leipzig und anderen Städten
14.12.1989	Beschluss der DDR-Regierung über die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit (ehemals Staatssicherheit)
16.12.1989	Umbildung der SED zur SED-PDS, neuer Vorsitzender Gregor Gysi
01.1990	Zwischenstand von 200.000 aus der DDR Ausgereisten Befürwortung einer Wirtschafts- und Währungsunion in der Bundesrepublik und der DDR; Präferenz der Bundesregierung für schnellen Beitritt der DDR anstelle Konföderation
04.02.1990	Umbenennung der SED-PDS in PDS
05.02.1990	Bildung einer „Regierung der Nationalen Verantwortung“ mit Vertretern der Gruppen und Parteien am „Runden Tisch“ unter Hans Modrow (PDS)
10.02.1990	Gorbatschows prinzipielles Ja zu einer Vereinigung der Deutschen
20./21.02.1990	Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes und Parteiengesetzes durch die Volkskammer
01.03.1990	Beschluss der DDR-Regierung über die Gründung der Treuhandanstalt zur Privatisierung der Volkseigenen Betriebe
18.03.1990	Erste freie Volkskammer-Wahlen
12.04.1990	Bildung der DDR-Regierung aus CDU, DSU, DA, SPD, Bund Freier Demokraten unter Lothar de Maizière (CDU)
05.05.1990	Beginn der Zwei-plus-vier-Verhandlungen mit den Alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkriegs
06.05.1990	Erste freie Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung Ostberlins seit 1946

18.05.1990	Unterzeichnung des Vertrags über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR
11.07.1990	Verabschiedung einer Verfassung von Berlin (Ost) durch die Ostberliner Stadtverordnetenversammlung
22.07.1990	Verabschiedung eines Ländereinführungsgesetzes und Länderwahlgesetzes durch die Volkskammer der DDR; Festlegung der ersten Landesparlamente als verfassungsgebende Versammlungen
23.07.1990	Verfassung von Ostberlin tritt in Kraft
11.08.1990	Zusammenschluss von F.D.P., Deutschen Forumpartei und Bund Freier Demokraten (entstanden aus LDPD und NDPD) mit der westdeutschen FDP zur FDP
23.08.1990	Beschluss der Volkskammer über den Beitritt der DDR zum Geltungsbe- reich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland
31.08.1990	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands
03.09.1990	Änderungen der (West-)Berliner Verfassung, darunter Verlängerung der Legislaturperiode des ersten Gesamtberliner Abgeordnetenhauses auf fünf Jahre, Verpflichtung zur Überarbeitung der Verfassung auf Grundlage der Verfassungen vom 22. April 1948, vom 1. September 1950 und vom 11. Juli 1990 und zur Inkraftsetzung durch Volksabstimmung
12.09.1990	Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags zwischen den Siegermäch- ten des Zweiten Weltkriegs und den beiden deutschen Staaten
21.09.1991	Vereinigung von Demokratie Jetzt, Initiative Frieden und Menschenrech- te und Teilen des Neuen Forums zur Partei Bündnis 90
26.09.1990	Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (zunächst SDP, dann SPD) mit der SPD der Bundesrepublik Deutschland
1./2.10.1990	Vereinigung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (DDR) mit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands
03.10.1990	Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland mit seinem Rechtsbe- stand, Erlangung der vollständigen Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, Beendigung des Vier-Mächte-Status' Berlins und Vereini- gung Berlins, Gründung der fünf ostdeutschen Länder
14.10.1990	Wahlen der ersten Landtage (mit Verfassungsgebungsfunktion) in den neuen Ländern
25.10.1990	Thüringer Landtag tritt erstmals zusammen
26.10.1990	Brandenburgischer Landtag tritt erstmals zusammen Landtag von Mecklenburg-Vorpommern tritt erstmals zusammen
27.10.1990	Sächsischer Landtag tritt erstmals zusammen Wahl Kurt Biedenkopfs zum Ministerpräsidenten in einer CDU- Alleinregierung durch den Sächsischen Landtag
28.10.1990	Landtag von Sachsen-Anhalt tritt erstmals zusammen Wahl von Gerd Gies zum Ministerpräsidenten in einer Koalitionsregie- rung aus CDU und FDP durch den Landtag von Sachsen-Anhalt Wahl Alfred Gomolkas zum Ministerpräsidenten einer CDU-FDP- Koalitionsregierung durch den Landtag Mecklenburg-Vorpommern

01.11.1990	Wahl Manfred Stolpes zum Ministerpräsidenten einer Koalitionsregierung aus SPD, FDP und Bündnis 90 durch den Landtag Brandenburg
08.11.1990	Wahl von Josef Duchac zum Ministerpräsidenten einer CDU-FDP-Koalitionsregierung durch den Thüringer Landtag
13.12.1990	Brandenburgischer Landtag beschließt ein Gesetz zur Erarbeitung einer Verfassung
12.1990	Wahl des ersten Gesamtberliner Abgeordnetenhauses und des ersten gesamtdeutschen Bundestages
11.01.1991	Konstituierende Sitzung des ersten Gesamtberliner Abgeordnetenhauses mit fortlaufender Zählung der 12. Legislaturperiode, damit Außerkraftsetzung der Ostberliner Verfassung, Feststellung der Gültigkeit der Verfassung von Berlin (West) für ganz Berlin durch das Abgeordnetenhaus
24.01.1991	Wahl Eberhard Diepgens zum Regierenden Bürgermeister einer Koalitionsregierung aus CDU und SPD durch das Abgeordnetenhaus von Berlin
07.02.1991	CDU und SPD in Berlin erklären in ihrer Koalitionsvereinbarung die Länderfusion von Berlin und Brandenburg zum Ziel
20.06.1991	Beschluss des Bundestags in Bonn über die Verlegung des Regierungs- und Parlamentssitzes in die (neue) Hauptstadt Berlin
04.07.1991	Rücktritt von Gerd Gies vom Amt des Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt; Wahl Werner Münchs zum zweiten Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt durch den Landtag
23.01.1992	Rücktritt Josef Duchacs vom Amt des Ministerpräsidenten in Thüringen
05.02.1992	Wahl Bernhard Vogels zum zweiten Ministerpräsidenten von Thüringen durch den Landtag
15.03.1992	Rücktritt Alfred Gomolkas vom Amt des Ministerpräsidenten in Mecklenburg-Vorpommern
19.03.1992	Wahl Berndt Seides zum zweiten Ministerpräsidenten Mecklenburg-Vorpommerns
29.02.1992	Eine gemeinsame Regierungskommission zur Fusion Berlin – Brandenburg nimmt ihre Arbeit auf
14.04.1992	Beschluss des Landtags Brandenburg über die Annahme der Landesverfassung, damit erste Annahme einer ostdeutschen Verfassung durch das verantwortliche Parlament
26.05.1992	Beschluss des Sächsischen Landtags über die Annahme der Landesverfassung
06.06.1992	Verfassung des Freistaates Sachsen tritt als erste ostdeutsche Landesverfassung in Kraft
15.07.1992	Beschluss des Landtags von Sachsen-Anhalt über die Annahme der Landesverfassung
18.07.1992	Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt tritt als zweite ostdeutsche Landesverfassung in Kraft
14.06.1992	Volksabstimmung in Brandenburg bestätigt die Landesverfassung
21.08.1992	Verfassung des Landes Brandenburg tritt als dritte ostdeutsche Landesverfassung in Kraft
14.05.1993	Beschluss des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern über die An-

	nahme der Landesverfassung Vereinigung von Bündnis 90 und Die Grünen zur Partei Bündnis 90/Die Grünen
25.10.1993	Beschluss des Thüringer Landtags über die Landesverfassung
28.11.1993	Rücktritt Werner Münchs vom Amt des Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt
15.12.1993	Wahl Christoph Bergners zum dritten Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt durch den Landtag
12.06.1994	Bestätigung der Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern durch Volksabstimmung
09.08.1994	Beschluss des Bundestags über ein Gesetz, das Brandenburg und Berlin im Fall der Fusion eine fünfzehnjährige Übergangsfrist zur Anpassung an die herkömmlichen Regeln des Finanzausgleichs einräumt
23.09.1994	Ergänzung des Grundgesetzes um den Artikel 118 A, der Berlin und Brandenburg erlaubt, durch Staatsvertrag und Volksabstimmung allein über ihren Zusammenschluss zu entscheiden
16.10.1994	Bestätigung der Verfassung des Freistaats Thüringen durch Volksentscheid; Verfassung tritt am selben Tag in Kraft
15.11.1994	Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern tritt in Kraft
27.04.1995	Unterzeichnung eines Fusionsstaatsvertrags zwischen Berlin und Brandenburg durch die Regierungschefs Diepgen und Stolpe
08.06.1995	Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses über die überarbeitete Verfassung
22.06.1995	Verabschiedung des Fusionsstaatsvertrags durch die Parlamente von Berlin und Brandenburg mit der jeweils nötigen Zweidrittelmehrheit
22.10.1995	Annahme der überarbeiteten Berliner Verfassung in einer Volksabstimmung
30.11.1995	Neue Verfassung von Berlin tritt in Kraft. Damit Außerkrafttreten der Verfassung von Berlin vom 01.09.1950, zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.06.1995
05.05.1996	Volksabstimmung in Brandenburg über die Fusion mit Berlin scheitert. In Berlin stimmt die Mehrheit der Teilnehmer der Volksabstimmung für die Fusion.

Tabelle A2: Teilnehmer der Gruppenbefragungen

Tagung „Aufarbeitung und Neuanfang. Verfassungspolitik in den neuen Ländern und Berlin“ unter der Schirmherrschaft des Bundesratspräsidenten, 14./15.11.2008, Bundesrat Berlin

Name	Funktion während des Untersuchungszeitraums
Bartl, Klaus	ab 1990 Abgeordneter (PDS) im Sächsischen Landtag, 1990 bis 1994 Vorsitzender der Fraktion LL/PDS, Mitglied des Verfassungs- und Rechtsausschusses
Birthler, Wolfgang	1990 bis 2009 Abgeordneter (SPD) im Landtag Brandenburg, 1990

	bis 1999 Vorsitzender der SPD-Fraktion und Mitglied des Landtagspräsidiums, 1991 Mitglied im Verfassungsausschuss I, 1991 bis 1992 Mitglied im Verfassungsausschuss II
Blechinger, Beate	1990 bis 1994 Abgeordnete (CDU) im Landtag Brandenburg, 1990 bis 1992 Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Fraktion
Dyrlich, Benedikt	1990 bis 1994 Abgeordneter der SPD im Sächsischen Landtag, Mitglied des Verfassungs- und Rechtsausschusses
Fabricius, Sabine	1991 bis 1994 Mitarbeiterin der SPD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, Mitarbeiterin der SPD-Fraktion im Verfassungsausschuss, Juristin
Friese, Siegfried	1990 bis 2006 Abgeordneter (SPD) im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Mitglied der Verfassungskommission
Geisthardt, Ralf	1990 bis 1998 Abgeordneter (CDU) im Landtag Sachsen-Anhalt, Mitglied des Verfassungsausschusses
Gram, Andreas	seit 1991 Abgeordneter (CDU) im Abgeordnetenhaus von Berlin, 1991 bis 1999 Sprecher der CDU-Fraktion für den Bereich Recht
Herbst, Knut	1990 Abgeordneter der SPD in der Stadtverordnetenversammlung von Ostberlin, Vorsitzender der SPD-Fraktion und Vorsitzender des Ausschusses „Einheit Berlins“; 1990 bis 1995 Abgeordneter im Abgeordnetenhaus von Berlin
Iltgen, Erich	1989 bis 1990 Moderator des Runden Tisches des Bezirkes Dresden, Begründer des Sächsisches Forums, Mitglied des Koordinierungsausschusses zur Bildung des Landes Sachsen, ab 1990 Abgeordneter der CDU und Präsident des Sächsischen Landtages
Jutzi, Siegfried	Ministerium der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz, Sachverständiger (FDP-nominiert) für den Verfassungsausschuss des Thüringer Landtages
Linck, Joachim	1992 bis 2005 Direktor beim Thüringer Landtag
Pietzsch, Frank-Michael	1990 bis 2004 Abgeordneter (CDU) im Thüringer Landtag, 1990 bis September 1992 Vorsitzender des Verfassungsausschusses, danach Sozialminister
Pracht, Alfred	1990 bis 1994 Abgeordneter (FDP) im Landtag Brandenburg, 1991 Stellvertretender Vorsitzender des Verfassungsausschusses I, 1991 bis 1992 Mitglied des Verfassungsausschusses II, 1992 bis 1994 Mitglied des Präsidiums des Landtags Brandenburg
Prachtl, Rainer	1990 Stellvertretender Regierungsbevollmächtigter für den Bezirk Neubrandenburg, 1990 bis 2006 Abgeordneter (CDU) im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 1990 bis 1998 Präsident des Landtages, 1990 bis 1994 Vorsitzender der Verfassungskommission
Schneider, Hans-Peter	Universität Hannover, Sachverständiger (SPD-nominiert) für die Verfassungsausschüsse der Landtage von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
Schoenenburg, Arnold	1990 bis 2002 Abgeordneter (LL/PDS) im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Linke Liste/PDS, 1990 bis 1994 Mitglied der Verfassungskommission

Tabelle A3: Interviews mit weiteren Zeitzeugen

Name	Funktion während des Untersuchungszeitraums Angaben zum Interview
Becker, Curt	1990 bis 2006 Abgeordneter (CDU) im Landtag von Sachsen-Anhalt, Stellvertretender Vorsitzender des Verfassungsausschusses, Bürgermeister von Naumburg Interview am 14.06.2010 in Naumburg
Diestel, Peter-Michael	1990 bis 1994 Abgeordneter (CDU) im Landtag Brandenburg, 1990 bis 1992 Fraktionsvorsitzender, 1991 Stellvertretender Vorsitzender des Verfassungsausschusses I, Dezember 1991 bis März 1992 Stellvertretender Vorsitzender des Verfassungsausschusses II, März bis April 1992 Vorsitzender des Verfassungsausschusses II Interview am 05.05.2010 in Potsdam
Finkelburg, Klaus	1985 bis 1992 Abgeordneter (CDU) im Abgeordnetenhaus von Berlin, mit Ehrhart Körting und Renate Künast Beratung über die Gesetzgebung zur Einheit Berlins, 1991 bis 1995 Mitglied der Enquete-Kommission „Verfassungs- und Parlamentsreform“ zunächst als Abgeordneter, ab 1992 als sachverständiges Mitglied (CDU-nominiert); 1991 Sachverständiger (CDU-nominiert) im Verfassungsausschuss I, Vorsitzender des Unterausschusses des Verfassungsausschusses II im Landtag Brandenburg Interview am 28.6.2010 in Berlin
Höppner, Reinhard	1990 bis 2006 Abgeordneter (SPD) im Landtag Sachsen-Anhalt, 1990 bis 1994 Vorsitzender der SPD-Fraktion, Vorsitzender des Verfassungsausschusses Interview am 01.06.2010 in Magdeburg
Körting, Ehrhart	1989 bis 1990 Abgeordneter (SPD) im Abgeordnetenhaus Berlin, mit Klaus Finkelburg und Renate Künast Beratung über die Gesetzgebung zur Einheit Berlins, 1991 bis 1995 Mitglied in der Enquete-Kommission „Verfassungs- und Parlamentsreform“, 1992 bis 1997 Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofes des Landes Berlin Interview am 16.06.2010 in Berlin
Starck, Christian	Universität Göttingen, Sachverständiger (CDU-nominiert) in der Verfassungskommission des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und im Verfassungsausschuss des Landtages Sachsen-Anhalt Interview am 09.06.2010 in Göttingen
Vaatz, Arnold	1989 als Bürgerrechtler/Mitglied des Neuen Forum Mitarbeit in der „Gruppe der 20“, 1990 Vorsitzender des Koordinierungsausschusses zur Bildung des Landes Sachsen und Stellvertretender Regierungsbevollmächtigter für den Bezirk Dresden (CDU), 1990 bis 1998 Abgeordneter (CDU) im Sächsischen Landtag, 1990 bis 1992 Staatsminister in der sächsischen Staatskanzlei, 1992 bis 1998 Staatsminister für Umwelt und Landesentwicklung im Freistaat

	Sachsen Interview am 22.06.2010 in Dresden
Zotl, Peter-Rudolf	1990 Abgeordneter (PDS) in der Stadtverordnetenversammlung von Ostberlin, Vorsitzender der PDS-Fraktion, Mitglied des Ausschusses „Einheit Berlins“; 1991 bis 2011 Abgeordneter im Abgeordnetenhaus von Berlin, 1991 bis 1995 Vorsitzender der PDS-Fraktion, Stellvertretendes Mitglied der Enquete-Kommission „Verfassungs- und Parlamentsreform“ Interview am 20.05.2012 in Berlin

Tabelle A4: Codierung Rechte der Bürger und Zielvorgaben für den Staat

0	0,2	0,4	0,6	0,8	1,0
Nicht vorhanden	einfaches Staatsziel und/oder Hinwirkungsklausel	Umfassend geregeltes Staatsziel und/oder Hinwirkungsklausel	einfaches Grundrecht	Umfassend geregeltes Grundrecht	Grundrecht mit Staatsziel bzw. die wichtigsten Grundlagen/Grundsätze des Staates

Grundrechte: Recht auf (...), Anspruch auf (...), genießen, stehen unter Schutz etc.

Staatsziel: Anerkennung des Rechtes auf (...), Förderung von (...), Hinwirkung auf (...), Sicherung von (...) etc.

Einrichtungsgarantien: Bewertung je nach Formulierung

Kategorie „Bürger des Landes“: 0,8=Bürger sind alle, 0,6=Bürger sind nur Deutsche

Tabelle A5: Regelungsintensität Rechte der Bürger und Zielvorgaben für den Staat

	SN				TH						ST				MV			BB		BE		
	CDU-FDP	B90/Grüne	LL-PDS	Verfassung	CDU	FDP	NF/GR/DJ	SPD	LL-PDS	Verfassung	CDU-FDP	B90/Grüne	SPD	Verfassung	RegionalA	CDU	Verfassung	II. Entw. RB	Verfassung	Verf. W-BE	Verf. O-BE	Verfassung
Gliedstaat der BRD	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,0	1,0
Demokratisch	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,0	0,0	1,0	1,0	1,0	0,0	0,0	0,0
Sozial	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	1,0	0,0	0,0	0,0
Ökologische Orientierung	1,0	1,0	1,0	1,0	0,0	0,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	1,0	0,0	0,0	1,0	1,0	1,0	0,0	0,0	0,0
Republikanisch	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Freiheitlich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	1,0	0,0	0,0	0,0
Friedensverpflichtung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0
Gemeinwohlverpflichtung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verpflichtung Freiheit Einzelner	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	1,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Rechtsstaat	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	1,0	0,0	0,0	0,0
Kulturstaat	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0
Vorrang des GG vor Landesverfassung/bindende Wirkung GG	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0
Grundrechtsbindung der staatlichen Gewalt	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,0	1,0	0,0	1,0	0,0	0,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Drittbindung der Grundrechte	0,0	1,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	1,0	0,0
Grundrechte GG Bestandteil Landesrecht	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einschränkung von Grundrechten durch Gesetz	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Rechtsweggarantie bei Verletzung Rechte	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,6	0,6	0,6	0,0	0,0
Popularklage/Verfassungsbeschwerde	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,6
Verwirklichung der Staatsziele	0,2	0,0	0,0	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	0,4	0,2	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verwirklichung der Einrichtungsgarantien	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Schutz nationaler und ethnischer Minderheiten	1,0	1,0	1,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2	0,0	0,0	0,2	1,0	1,0	0,0	0,0	0,0

Bewahrung der kulturellen Eigenart, Traditionen des Landes	0,0	0,2	0,2	0,0	0,2	0,2	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Bürger des Landes: alle/deutsche Bürger Wohnsitz	0,0	0,8	0,8	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,8	0,0	0,0	0,0	0,8	0,6	0,8	0,6
Recht auf Heimat	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verbot von Geheimdiensten	0,0	1,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verbot Lagerung ABC-Waffen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0
Widerstandsrecht	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,6
Verweigerungsrecht	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6	0,6
Unantastbarkeit Würde des Menschen, Schutz durch staatliche Gewalt	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6
Würde im Sterben	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0
Recht auf menschenwürdiges Dasein	0,2	0,6	0,6	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gleichheit vor öffentlicher Gewalt; Verbot von Willkür	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gleichheit vor Gesetz	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6
Gleichheit Mann und Frau	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,4	1,0	1,0	1,0	0,2	1,0	1,0	1,0	1,0	0,0	0,2	0,2	1,0	0,6	1,0
Gleichheit Kranker/Schwacher/sozial Benachteiligter	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0
Diskriminierungsverbot	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,8	0,6	0,8	0,6	0,0	0,6	0,6	0,6	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6	0,0	0,8
Bekennnis zu unveräußerlichen Menschenrechten	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,6	0,0	1,0	0,0	0,0
Leben und Unversehrtheit	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,6	0,6	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6
Verbot grausamer, erniedrigender Strafe, wissenschaftlicher Experimente	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0
Freie Entfaltung der Persönlichkeit	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	1,0	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6
Freiheit der Person	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Selbstbestimmte Schwangerschaft, Schutz der Schwangeren, Aufklärung	0,0	1,0	0,6	0,0	0,0	0,6	0,8	1,0	1,0	0,0	0,0	1,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0
Verbot Todesstrafe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verbot lebenslange Freiheitsstrafe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Rechtsgarantien bei Freiheits-entzug	0,8	0,6	0,6	0,8	0,8	0,6	0,8	0,6	0,6	0,8	0,0	0,0	0,0	0,8	0,6	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6	0,8	0,6
Rechtsgarantien bei Strafver-folgung	0,0	0,8	0,8	0,0	0,8	0,0	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,8	0,0	0,0	0,6
Glaubens-, Gewissens-, Bekenntnisfreiheit; ungestörte Religionsausübung	0,6	0,8	0,8	0,6	0,6	0,6	0,8	0,6	0,8	0,6	0,0	0,8	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,8	0,8	0,6	0,6	0,6
Verbot Gewissensprüfung	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Meinungs-, Informations-, Pressefreiheit	0,6	0,8	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,8	0,0	0,0	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Rundfunkfreiheit	1,0	1,0	1,0	0,6	0,6	0,6	1,0	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Zeugnisverweigerungsrecht der Journalisten/Behinderung journalistischer Tätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,6	0,0	0,0
Freizügigkeit	0,8	0,0	0,0	0,0	0,8	0,6	0,0	0,0	0,6	0,8	0,0	0,6	0,0	0,8	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Freiheit von Kunst, Wissen-schaft und Lehre; Verbot Zensur	0,6	0,8	0,8	0,6	0,0	0,6	0,6	0,6	1,0	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,0	1,0	0,6
Beschränkung von Forschung	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6	0,6	0,0	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,0
Schutz geistigen Eigentums	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,6	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Förderung Kultur, Kunst (künstlerisches Schaffen), Wissenschaft, Sport	0,2	0,4	0,4	0,2	0,4	0,2	0,2	0,0	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,0	0,4	0,2	0,2	0,0	0,2	0,2
Öffentlich zugängliche Kultur- und Bildungseinrichtungen (Kulturelle Teilhabe)	0,2	0,4	0,4	0,2	0,2	0,0	0,0	0,2	0,4	0,0	0,0	0,6	0,4	0,2	0,2	0,0	0,0	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0
Schutz Kultur und Kulturerbe, Denkmalschutz	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,4	0,2	0,2	0,4	0,2	0,2	0,4	0,0	0,0	0,2	0,2	0,0	0,2	0,0
Freiheit schöpferischer Betätigung/Entfaltung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Datenschutz	0,8	0,8	0,8	0,8	0,6	0,6	0,8	0,6	0,6	0,6	0,0	0,8	0,6	0,8	0,6	0,0	0,6	0,6	0,8	0,0	1,0	0,6
Einsicht in betreffende Akten und Dateien oder Auskunft	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0	0,0	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,0
Auskunft über Umweltdaten	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,0	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,0
Brief-, Post- und Fernmelde-geheimnis	0,6	0,6	0,6	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,8	0,0	0,6	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Versammlungsfreiheit	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Vereinigungsfreiheit	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Gleicher Zugang zu öffentli-chen Ämtern	0,0	0,8	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,6	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0	0,8	0,6	0,0	0,6

Schutz von Ehe und Familie; Erziehungsrecht	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,2	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6	0,6
Schutz anderer Lebensge- meinschaften	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,6	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,6	0,2	0,0	0,6	0,0
Anspruch Erziehender auf Schutz, Fürsorge und Hilfe der Gemeinschaft	0,6	0,8	0,8	0,6	0,6	0,0	1,0	0,0	0,8	0,6	0,0	0,0	0,6	0,4	0,6	0,0	0,0	0,8	0,6	0,0	0,6	0,6
Wahlfreiheit zw. Beruf und Familie/Gleichstellung Hausarbeit mit Erwerbsarbeit	0,0	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	1,0	0,2
Schutz der Kinder und Jugend, gesunde Entwicklung, Rechte der Kinder	0,2	0,6	0,6	0,2	0,0	0,0	0,8	0,4	1,0	1,0	0,6	0,6	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6	1,0	1,0	0,0	0,6	1,0
Staatliche Betreuungseinrich- tungen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,0	0,0	0,6	0,2	0,6	0,2	0,0	1,0	0,2	0,4	0,2	0,0	0,2	0,2	1,0	0,0	0,2	0,0
Verbot Kinderarbeit, Porno- graphie, Prostitution	0,0	0,6	0,6	0,6	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0
Gleichstellung ehelicher und nichtehelicher Kinder	0,0	0,6	0,6	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2	0,0	0,6	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,6	0,2
Schutz Älterer und/oder Behinderter	0,2	0,2	0,2	0,4	0,2	0,0	0,0	0,2	0,2	0,2	0,0	0,2	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2	0,0	0,2	0,0
Rechte behinderter Menschen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Berufs- und Gewerbefreiheit; Verbot Zwangsarbeit	0,6	0,8	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,0	0,8	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6	0,6	0,6
Koalitionsfreiheit	0,6	0,8	0,8	0,6	0,6	0,0	0,8	0,0	0,8	0,6	0,0	0,6	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0
Betriebsvertretun- gen/Mitbestimmung	0,0	0,6	0,6	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Tarifrecht	0,0	0,8	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6	0,0	0,0	0,0
Streikrecht, Aussperrungsver- bot	0,0	0,8	0,8	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6	0,8	0,6	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Arbeit	0,2	0,8	0,8	0,2	0,0	0,0	0,6	0,2	0,4	0,0	0,0	0,6	0,4	0,2	0,2	0,0	0,0	0,6	0,2	1,0	1,0	1,0
Arbeitsförderung, Arbeitslo- senunterstützung/hohe Beschäftigungsquote	0,0	0,8	0,8	0,2	0,2	0,2	0,6	0,4	0,8	0,4	0,0	0,6	0,4	0,0	0,4	0,0	0,4	0,6	0,4	0,6	0,6	1,0
Besonderer oder allgemeiner Kündigungsschutz	0,0	0,8	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0
Recht auf Erholungsurlaub	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Gleiche Vergütung für gleiche Arbeit/gleicher Zugang zu Arbeitsplätzen	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,6	0,0	0,6	0,0

[illegible]

Ökologische Grundsätze, Nutzung der Ressourcen, Strafbarkeit von Umweltfrevel	0,0	1,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Nutzung und Veräußerung Grund und Boden	0,0	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Innerer und äußerer Friede/Strafbarkeit Handlungen dagegen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	0,6	0,6
Förderung Universitäten, Hochschulen, wiss. Einrichtungen durch Land	0,0	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2	0,0	0,0	0,2	0,2	0,4	0,2	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0

Verfassung Westberlins auf dem Stand Oktober 1990.

Quellen: BE: Verfassung von Berlin vom 1. September 1950; Verfassung von Berlin (Ost) vom 23. Juli 1990; Verfassung von Berlin vom 23. November 1995; BB: Zweiter überarbeiteter Entwurf der Verfassung für das Land Brandenburg; Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992; MV: Verfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Entwurf); Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Verfassungskommission, Kommissions-Drucksache 5; Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Mai 1993; SN: Sächsischer Landtag, Drucksachen 1/25 (CDU-FDP), 1/26 (LL-PDS), 1/29 (Bündnis 90/Grüne); Verfassung des Freistaates Sachsen vom 27. Mai 1992; ST: Landtag von Sachsen-Anhalt, Drucksachen 1/253 (CDU-FDP), 1/78 (Bündnis 90/Grüne), 1/260 (SPD); Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Juli 1992; TH: Thüringer Landtag, Drucksachen 1/285 (CDU), 1/301 (FDP), 1/659 (NF/GR/DJ), 1/590 (SPD), 1/678 (LL-PDS); Verfassung des Freistaates Thüringen vom 25. Oktober 1993.

Tabelle A6: Codierung Politische Beteiligung der Bürger und Vertretung ihrer Rechte

	0	0,2	0,4	0,5	0,6	0,8	1
Anzahl der Einwohner/Anzahl der Mandate	hoch: ab 30.000 oder keine Angabe			mittel: zwischen 20.000 und 30.000			gering: weniger als 20.000
Dauer der Legislaturperiode	5 Jahre und mehr			4 Jahre			weniger als 4 Jahre
Unabhängiges Amt von Beauftragten zur Kontrolle der Politik in Bezug auf bestimmte Materien	explizit nicht vorgesehen			Gleichstellungs- und/oder Datenschutzbeauftragter			weitere Beauftragte

Unabhängiges Amt eines Bürgerbeauftragten	Nein			Erwähnt/kein Wahlmodus			Amt mit umfangreichen Rechten und nicht nur von Regierungsmehrheit abhängig (d.h. von 2/3-Mehrheit gewählt)
Recht auf Verfahrensbeilegung bei öffentlichen Vorhaben	Nein			Erwähnt			Intensiver geregelt
Individuelles Recht auf Einsicht in Akten der Regierung, Behörden, Kommunen durch Bürger	Nein			Erwähnt			Intensiver geregelt
Petitionsrecht und Petitionsausschuss	Weder Petitionsrecht als Grundrecht noch Petitionsausschuss erwähnt			Petitionsrecht als Grundrecht und/oder Erwähnung des Petitionsausschusses mit einigen Rechten, Näheres jedoch durch Gesetz geregelt und/oder von Regierungspartei alleine bestellt			Petitionsrecht und Ausschuss mit umfangreichen Rechten gegenüber anderen Organen und/oder nicht von Regierungspartei alleine bestellt
Verbandsklage	Nein			Ja			Ja, intensiver geregelt
Bürgerbewegungen, Bürgerinitiativen	Nein			Ja: Mitwirkung und/oder Schutz			Ja: Mitwirkung und/oder Schutz und Rechte und/oder Kostenerstattung
Möglichkeit des Volksbegehrens/-petition außerhalb Volksgesetzgebung (Befassungsauftrag)	Nein			Ja: Unterschriftenquorum von mehr als 0,25% der Wahlberechtigten und mit Frist bis zu 6 Monaten oder keine Frist			Ja: Unterschriftenquorum von max. 0,25% der Wahlberechtigten und ohne Frist ODER Frist von mind. 6 Monaten

Referendum zu Verfassungsänderungen	Kein Referendum	Fakultatives Referendum mit einfacher Mehrheit ansetzbar	Fakultatives Referendum durch Minderheit oder 2/3-Mehrheit ansetzbar		Obligatorisches Referendum bei bestimmten Voraussetzungen (bei verfehlter Annahme im LT mit Mehrheit der Stimmen)	Obligatorisches Referendum bei bestimmten Themen/Abschnitten der Verfassung	Obligatorisches Referendum immer
Referendum politischen/legislativen Entscheidungen	Kein Referendum	Möglichkeit gegeben, aber keinerlei Konkretisierung in Verfassung	Auf Antrag Mehrheit des LT, keine Bestimmung zur Gültigkeit des Ergebnisses		Auf Antrag 1/3 des LT, keine Bestimmungen zur Gültigkeit des Ergebnisses	Auf Antrag 1/3 des LT mit empfehlendem Charakter bzw. bindend bei Erreichung bestimmter doppelter Mehrheiten (X% der Abstimmenden und Y% der Wahlberechtigten)	Auf Antrag 1/3 des LT, immer bindend
Themen der Volksgesetzgebung	Keine Volksgesetzgebung	Themen beschränkt, keine Aussage zur Zulassung des Volksbegehrens	Finanzen oder anderes Thema explizit ausgenommen, Zulassung/Interpretation durch Regierung oder einfache Parlamentsmehrheit		Finanzen oder anderes Thema ausgenommen, Zulassung/Interpretation durch qualifizierte Parlamentsmehrheit oder Verfassungsgericht	Geringe thematische Beschränkung, Zulassung/Interpretation durch qualifizierte Parlamentsmehrheit, Verfassungsgericht oder politikunabhängige Instanz	Keine Einschränkung, Zulassung/Interpretation durch qualifizierte Parlamentsmehrheit, Verfassungsgericht oder politikunabhängige Instanz
Antrag auf Volksbegehren/Volksinitiative	Nicht vorhanden	Mehr als 0,25%, Frist bis 6 Monate	Mehr als 0,25%, keine Frist oder Frist ab 6 Monate		Max. 0,25%, Frist bis 6 Monate	max. 0,25% Frist zwischen 6 und 12 Monaten	Max. 0,25%, keine Frist
Volksbegehren	Nicht vorhanden oder für Gültigkeit Unterschriften ab 15% der Stimmberechtigten	11-14,9%	9-11,9%		6-8,9%	3-5,9%	1-2,9% und Frist mind. 6 Monate
Volksentscheid	Nicht vorhanden oder Ergebnis gültig ab 40% Mindestanteil an Ja-Stimmen der Stimmberechtigten	Ergebnis gültig bei Zustimmung durch 30-40% der Stimmberechtigten	Ergebnis gültig bei Zustimmung durch 25-29,9% der Stimmberechtigten		20-24,9%	10-19,9%	Ergebnis gültig bei einfacher Mehrheit der Abstimmenden/keine Festlegung der Zustimmung durch einen Mindestanteil an Stimmberechtigten

Volksbegehren für Parlamentsauflösung durch Volksentscheid	Nicht vorhanden oder für Gültigkeit Unterschriften ab 15% der Stimmberechtigten	11-14,9%	9-11,9%		6-8,9%	3-5,9%	1-2,9% der Stimmberechtigten und Frist min. 6 Monate
Volksentscheid über Parlamentsauflösung	Nicht vorhanden	Ergebnis gültig ab 40% Mindestanteil an Ja-Stimmen der Stimmberechtigten	Ergebnis gültig bei Zustimmung durch 30-40% der Stimmberechtigten		Ergebnis gültig bei Zustimmung durch 20-29,9% der Stimmberechtigten	10-19,9%	Ergebnis gültig bei einfacher Mehrheit der Abstimmenden/Keine Festlegung der Zustimmung durch einen Mindestanteil an Stimmberechtigten
Volksentscheid über Änderung der Verfassung nach Volksbegehren	Nicht vorhanden	Ergebnis gültig ab 40% Mindestanteil an Ja-Stimmen der Stimmberechtigten	Ergebnis gültig bei Zustimmung durch 30-40% der Stimmberechtigten		Ergebnis gültig bei Zustimmung durch 20-29,9% der Stimmberechtigten	10-19,9% der Stimmberechtigten	Ergebnis gültig bei einfacher Mehrheit der Abstimmenden/Keine Festlegung der Zustimmung durch einen Mindestanteil an Stimmberechtigten
Anspruch auf Kostenerstattung	Nicht vorhanden	Anspruch auf Erstattung von Werbekosten bei (erfolgreichem) Volksentscheid oder Volksbegehren	Anspruch auf Erstattung von Werbekosten bei (erfolgreichem) Volksbegehren und Volksentscheid		Grundsätzlicher Anspruch auf Erstattung von Werbekosten bei Volksentscheid	Grundsätzlicher Anspruch auf Erstattung von Werbekosten bei Volksbegehren und Volksentscheid bzw. Werbekosten Volksbegehren und Organisation Volksentscheid	Grundsätzlicher Anspruch auf umfassende Kostenerstattung bei Volksbegehren und Volksentscheid

Weitere Codierregeln:

Quoren wurden ggf. als Anteil der absoluten Zahl von Stimmen an der Zahl der Einwohner des Landes mit Stand 1990 errechnet.

Volksbegehren und Volksbegehren für Parlamentsauflösung: Kurze Fristen und Eintragung bei Behörden senken Wert um 0,2.

Volksentscheid: Möglichkeit einer Konkurrenzvorlage senkt Wert um 0,2.

Volksentscheid über Änderung der Verfassung: zusätzliche Zustimmung des Landtages durch qualifizierte Mehrheit senkt Wert um 0,2

Bei Klauseln mit Entweder/Oder-Regelung (z.B. in der sächsischen Verfassung beim Quorum für das Volksbegehren) erfasst die Codierung den niedrigeren Wert.

Tabelle A7: Regelungsintensität Politische Beteiligung der Bürger und Vertretung ihrer Rechte

	SN	TH	ST	MV	BB	BE
--	----	----	----	----	----	----

	CDU-FDP	B90/Grüne	LL-PDS	Verfassung	CDU	FDP	NF/GR/DJ	SPD	LL-PDS	Verfassung	CDU-FDP	B90/Grüne	SPD	Verfassung	RegionalA	CDU	Verfassung	II. Entw. RB	Verfassung	Verf. W-BE	Verf. O-BE	Verfassung
Anzahl der Einwohner/Anzahl der Mandate	0	0	0	0	0,5	0,5	0	0,5	0,5	0	0	0	0,5	0	0,5	0,5	0,5	0,5	0	1	1	0,5
Dauer der Legislaturperiode	0,5	0,5	0,5	0	0,5	0	0,5	0,5	0,5	0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0	0	0,5	0
Unabhängiges Amt von Beauftragten zur Kontrolle der Politik in Bezug auf bestimmte Materien	0	1	1	1	0	0	1	0,5	1	0,5	0	1	1	0,5	1	0	0,5	0,5	1	0	1	0,5
Unabhängiges Amt eines Bürgerbeauftragten	0	1	0	0	0	0	1	0	0,5	0	0	0	1	0	1	0	1	0	0	0	1	0
Recht auf Verfahrensbeteiligung bei öffentlichen Vorhaben	0	1	0	0	0	0	0,5	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0,5	0	1	0
Individuelles Recht auf Einsicht in Akten der Regierung, Behörden, Kommunen durch Bürger	0	0,5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,5	0	0	0	0,5	0	0	0
Petitionsrecht und Petitionsausschuss	0,5	1	1	0,5	1	0,5	0,5	1	1	0,5	0	0	0,5	0,5	1	0,5	1	1	1	0,5	1	1
Verbandsklage	0	0,5	0,5	0,5	0	0	0	0	0,5	0	0	0,5	0,5	0	0	0	0	0	0,5	0	0	0
Bürgerbewegungen, Bürgerinitiativen	0	1	1	0	0	0	1	0,5	0,5	0,5	0	0	0,5	0,5	0,5	0	0,5	0	1	0	1	0
Möglichkeit des Volksbegehrens/-petition außerhalb Volksgesetzgebung (Befassungsauftrag)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0,5
Referendum zu Verfassungsänderung	0,2	0	0	0,2	0	0	1	0	1	0	0	0	0,6	0	0	0,2	0	0,2	0	0	0	0,8
Referendum zu politisch/legislativen Angelegenheiten	0,6	0	0,8	0	0	0	0	0	0,6	0	0	0	0,6	0	0,2	0	0	0	0	0	0	0
Themen der Volksgesetzgebung	0,4	1	1	0,4	0,2	0,2	1	0,6	0,6	0,6	0	0,2	0,4	0,4	0,6	0	0,4	0,4	0,6	0	0,2	0,2
Antrag auf Volksbegehren/Volksinitiative	0,4	1	1	0,4	0	0	0,4	0,4	0,4	0,4	0	1	0,4	0,4	0,4	0	0,4	1	0,4	0	0	0,4
Volksbegehren	0,8	1	1	0,4	0	0	0,8	1	0,8	0	0	1	0,8	0,6	0,8	0	0,6	0,4	0,6	0	0,4	0,4
Volksentscheid	0,2	1	1	0,8	0	0	1	0,6	0,2	0	0	1	0,2	0,2	0	0	0	1	0,2	0	0,2	0

Volksbegehren für Parlamentsauflösung durch Volksentscheid	0,8	1	1	0	0	0	0	0,8	0,8	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,6	0	0	0
Volksentscheid über Parlamentsauflösung	0,2	1	1	0	0	0	0	0,2	0,6	0	0	0	0,6	0	0,2	0	0	0	0,2	0	0,2	0,2
Volksentscheid über Änderung der Verfassung nach Volksbegehren	0,2	1	0,2	0,2	0,2	0	0	0,2	0,2	0,2	0	0,2	0,2	0,2	0,2	0	0,2	0	0,2	0	0	0
Anspruch auf Kostenerstattung	0	0,2	0,2	1	0	0	0,2	0	0,2	0	0	0,2	0,8	0,2	0,2	0	0	0	0	0	0	0

Verfassung Westberlins auf dem Stand Oktober 1990.

Quellen: BE: Verfassung von Berlin vom 1. September 1950; Verfassung von Berlin (Ost) vom 23. Juli 1990; Verfassung von Berlin vom 23. November 1995; BB: Zweiter überarbeiteter Entwurf der Verfassung für das Land Brandenburg; Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992; MV: Verfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Entwurf); Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Verfassungskommission, Kommissions-Drucksache 5; Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Mai 1993; SN: Sächsischer Landtag, Drucksachen 1/25 (CDU-FDP), 1/26 (LL-PDS), 1/29 (Bündnis 90/Grüne); Verfassung des Freistaates Sachsen vom 27. Mai 1992; ST: Landtag von Sachsen-Anhalt, Drucksachen 1/253 (CDU-FDP), 1/78 (Bündnis 90/Grüne), 1/260 (SPD); Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Juli 1992; TH: Thüringer Landtag, Drucksachen 1/285 (CDU), 1/301 (FDP), 1/659 (NF/GR/DJ), 1/590 (SPD), 1/678 (LL-PDS); Verfassung des Freistaates Thüringen vom 25. Oktober 1993.

Tabelle A8: Codierung Einhebung der Regierung durch das Parlament

	0 (schwach)	0,5 (mittel)	1 (stark)
Anzahl der Kammern	2 oder mehr	2	1
Vorzeitige Parlamentsauflösung durch Regierung	Ja	Unter bestimmten Umständen (z.B. gescheiterte Vertrauensfrage)	Nein
Vereinbarkeit von Regierungsmitgliedschaft und Abgeordnetenmandat	Vereinbar oder keine Regelung		Keine Vereinbarkeit
Regierungsbildung	Parlament wählt nur Regierungschef	Landtag wählt auch Kabinett bzw. bestätigt Kabinett	Landtag wählt bzw. bestätigt jeden einzelnen Minister
Vorzeitige Abwahl der Regierung	Nein	Nur komplett und unter bestimmten Bedingungen	Ja, auch einzelne Minister und auch indirekt über Misstrauensantrag
Vertrauensfrage zur Disziplinierung des Parlaments durch die Regierung	Ja	Unter bestimmten Umständen	Nein oder nicht explizit geregelt
Legislativfunktion einschließlich Ausfertigung von Gesetzen (v.a. Haushalt)	Keine Kompetenz	Kompetenz mit Regierung gemeinsam ausgeübt	Letztentscheidung alleinige Kompetenz (d.h. Ausfertigung der Gesetze)
Informationspflichten der Regierung	Keine Normierung	Teilweise normiert	Umfassend normiert: frühzeitige und vollständige Unterrichtung des Parlaments über die Vorbereitung von Gesetzen, Grundsatzfragen der Raumordnung, der Standortplanung, Durchführung von Großvorhaben und Gegenstände grundsätzlicher Bedeutung, auch im Bundesrat und bei Zusammenarbeit mit Bund, den Ländern oder in der EU

Kontrollrechte des Parlaments	Keine	Nur Zitierrecht	Umfassende Rechte: wie Kontroll- und Zitierrechte, Auskunftspflicht
-------------------------------	-------	-----------------	---

Tabelle A9: Regelungsintensität Einhegung der Regierung durch das Parlament

	SN					TH							ST					MV				BB			BE			
	Vorl. Sitzung	CDU-FDP	B90/Grüne	LL-PDS	Verfassung	Vorl. Sitzung	CDU	FDP	NF/GR/DJ	SPD	LL-PDS	Verfassung	Vorl. Sitzung	CDU-FDP	B90/Grüne	SPD	Verfassung	Vorl. Sitzung	Regional/A	CDU	Verfassung	Vorl. Sitzung	II. Entw. RB	Verfassung	Verf. W-BE	Verf. O-BE	Verfassung	
Anzahl der Kammern	1	1	0,5	0,5	1	1	1	1	1	1	0,5	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
Vorzeitige Parlamentsauflösung durch Regierung	1	1	0,5	0,5	1	1	0	1	0,5	1	1	1	1	1	1	0,5	0,5	1	1	0,5	1	1	1	0,5	1	1	1	
Vereinbarkeit von Regierungsmitgliedschaft und Abgeordnetenmandat	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Regierungsbildung	0	0,5	1	1	0	0,5	0,5	0,5	0	0,5	1	0	0,5	0,5	0,5	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1	1
Vorzeitige Abwahl der Regierung	0,5	0,5	1	1	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1	1	1	
Vertrauensfrage zur Disziplinierung des Parlaments durch die Regierung	1	1	0	0	1	1	0	1	0	1	0	0	1	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1
Legislativfunktion einschließlich Ausfertigung von Gesetzen	0,5	0,5	1	1	1	1	0,5	1	0,5	1	1	1	0,5	0,5	1	0,5	1	0,5	1	0,5	0,5	0,5	1	1	1	1	1	
Informationspflichten der Regierung	0	0	1	1	0,5	0	0	0	1	1	0	1	0	0	1	1	1	0	1	1	1	0	0	1	0	0	0,5	
Kontrollrechte des Parlaments gegenüber der Regierung	0	0,5	1	1	0,5	0,5	1	0,5	1	0,5	1	1	0	1	1	1	1	0,5	1	1	1	0,5	0,5	1	0,5	0,5	0,5	

Budgetrecht	0,5	1	1	1	1	0,5	0,5	1	0,5	1	1	0,5	1	1	0,5	0,5	0,5	0,5	1	0,5	0,5	1	1	1	1	1	1
-------------	-----	---	---	---	---	-----	-----	---	-----	---	---	-----	---	---	-----	-----	-----	-----	---	-----	-----	---	---	---	---	---	---

Verfassung Westberlins auf dem Stand Oktober 1990.

Quellen: BE: Verfassung von Berlin vom 1. September 1950; Verfassung von Berlin (Ost) vom 23. Juli 1990; Verfassung von Berlin vom 23. November 1995; BB: Landtag Brandenburg, Drucksache 1/6; Zweiter überarbeiteter Entwurf der Verfassung für das Land Brandenburg; Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992; MV: Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 1/2; Verfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Entwurf); Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Verfassungskommission, Kommissions-Drucksache 5; Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Mai 1993; SN: Sächsischer Landtag, Drucksache 1/1 (vorläufige Satzung), 1/25 (CDU-FDP), 1/26 (LL-PDS), 1/29 (Bündnis 90/Grüne); Verfassung des Freistaates Sachsen vom 27. Mai 1992; ST: Landtag von Sachsen-Anhalt, Drucksache 1/3 (vorläufige Satzung), 1/253 (CDU-FDP), 1/78 (Bündnis 90/Grüne), 1/260 (SPD); Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Juli 1992; TH: Thüringer Landtag, Drucksache 1/3 (Vorläufige Satzung), 1/285 (CDU), 1/301 (FDP), 1/659 (NF/GR/DJ), 1/590 (SPD), 1/678 (LL-PDS); Verfassung des Freistaates Thüringen vom 25. Oktober 1993.

Tabelle A10: Codierung Einhegung der Regierung durch die Opposition

	0 (schwach)	0,5 (mittel)	1 (stark)
Status der parlamentarischen Opposition	Nicht geklärt	Bestandteil der parlamentarischen Demokratie bzw. in anderer Formulierung erwähnt	Wesentlicher Bestandteil der Demokratie mit Recht auf Chancengleichheit bzw. Chancengleichheit und andere Ansprüche
Recht auf Gesetzesinitiative	Nicht geregelt oder unkonkret (z.B. aus der Mitte des Landtags)	Beschränkt, z.B. Ausschussberatungen oder ab bestimmtem Quorum	Jeder Abgeordneter
Klassische Kontroll- und Informationsrechte (Anfragen an die Regierung, Fragestunden, aktuelle Debatten)	Nicht geregelt	Beschränkt, z.B. Ausschussberatungen oder ab bestimmtem Quorum	Jeder Abgeordneter
Einrichtung von Untersuchungsausschüssen	Nicht geregelt	Beschränkt durch hohes Quorum ab 1/5 der Abgeordneten (und 1/5)	Geringes Quorum unter 1/5
Herbeirufung der Regierung (Zitierrecht)	Nicht geregelt	Beschränkt, z.B. Ausschussberatungen oder ab bestimmtem Quorum	Jeder Abgeordneter
Antrag auf Normenkontrolle	Nicht geregelt	Mehrheitsbeschluss	Minderheitsbeschluss
Unterrichtungspflicht durch Regierung	Nicht geregelt	Beschränkt, z.B. Ausschussberatungen oder ab bestimmtem Quorum	Jeder Abgeordneter
Garantierte Rechte von Fraktionen	Fraktionen unerwähnt oder erwähnt, aber keine explizite Regelung	Fraktionen mit Mindestgröße und/oder daran gekoppelten Rechten/Ansprüchen	Keine oder geringe Mindestgröße und breite Rechte
Vertretung aller Fraktionen im Präsidium	Nein bzw. nicht explizit geregelt	Anspruch auf Vertretung jeder Fraktion	Anspruch auf Vertretung mit explizitem Stimmrecht
Präsidiumsfunktionen (Verfügung über Haushaltsmittel, Vertretung des Landtages nach außen, Diensttherreneigenschaft, Hausrecht, Polizeigewalt)	Durch Landtagspräsidenten wahrgenommen	Wichtige Entscheidungen gemeinsam getroffen	Alle Aufgaben kollektiv wahrgenommen
Möglichkeit der Abwahl des Landtagspräsidenten/des Landtagspräsidenten	Nein	Durch einfache Mehrheit	Durch 2/3 Mehrheit
Öffentliche Tagung der Ausschüsse	Nein oder nicht geregelt/ja, wenn Mehrheit es beschließt	Ja, sofern nicht Mehrheit dagegen votiert/ja mit Einschränkung	Ja

Garantierte Mitwirkung in Ausschüssen	Nein, gebunden an Proporz oder nicht geregelt	Proporz, aber Recht auf Vertretung jeder Fraktion	Mitwirkung Fraktionsloser im Ausschuss mit Stimmrecht möglich bzw. Vertretung aller Fraktionen paritätisch mit gleichen Rechten und Pflichten; Rederecht für Fraktionslose
Recht auf Zugang zu Behörden und Dienststellen des Landes	Nicht geregelt	Beschränkt, z.B. Ausschussberatungen oder ab bestimmten Quorum	Jeder Abgeordneter
Recht auf Akteneinsicht und Auskunft	Nicht geregelt	Beschränkt, z.B. Ausschussberatungen oder nur per Mehrheitsbeschluss	Jeder Abgeordneter oder Minderheitenrecht
Verabschiedung der Geschäftsordnung	Nicht geregelt	Mit Mehrheit des Landtages	Mit 2/3 des Landtages

Tabelle A11: Regelungsintensität Einhegung der Regierung durch die Opposition

	SN					TH							ST					MV				BB			BE		
	Vorl. Satzung	CDU-FDP	B90/Grüne	LL-PDS	Verfassung	Vorl. Satzung	CDU	FDP	NF/GR/DJ	SPD	LL-PDS	Verfassung	Vorl. Satzung	CDU-FDP	B90/Grüne	SPD	Verfassung	Vorl. Satzung	Regional A	CDU	Verfassung	Vorl. Satzung	IL Entw. RB	Verfassung	Verf. W-BE	Verf. O-BE	Verfassung
Status der parlamentarischen Opposition	0	0	1	1	1	0	1	0	0	1	1	1	0	0	0,5	1	1	0	1	1	1	0	1	1	1	1	1
Recht auf Gesetzesinitiative	0	0	1	1	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	1	1	0	0	0	0,5	0	0	0	0	0	0	0
Parlamentarische Anfragen	0	0	1	1	1	0	1	0	1	0	1	1	0	0	1	1	1	0	1	1	1	0	0	1	0	1	1
Auskunftsrecht gegenüber Regierung	0	0	1	1	0	0	1	0	1	0	0	0,5	0	0,5	1	1	1	0	0,5	0,5	1	0,5	0,5	1	0	0	0
Aktenvorlage durch Regierung	0	0	1	0,5	0	0	0,5	0	0,5	0	0,5	0	0	0,5	0,5	0,5	0,5	0	0,5	0,5	0,5	0	0	1	0	0	0
Herbeirufung der Regierung	0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0	0,5	0,5	0,5	0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Einrichtung von Untersuchungsausschüssen	0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0	0,5	0,5	0,5	0,5	0	1	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Antrag auf Normenkontrolle	0	1	1	1	1	0	1	1	1	1	0	1	0	1	1	1	1	0	1	1	1	0	1	1	1	1	1
Garantierte Rechte von Fraktionen	0	0	0,5	0,5	0	0	0,5	0	0	0,5	0	0,5	0	0	0,5	0,5	0,5	0	0	0,5	1	0,5	0,5	1	0	0,5	0,5

Vertretung aller Fraktionen im Präsidium	0	0	0,5	0,5	0	0	0	0	0	0	0,5	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0,5	0	0,5	0	1	0,5
Präsidiumsfunktionen geteilt/ungeteilt	0	0	0	0	0	0	0,5	1	0	0	0,5	0	0	0	0,5	0	0	0	0,5	0	0	0	0	0	0,5	0
Möglichkeit Abwahl des Präsidiums	0	0	1	1	0	0	1	0	1	0	0	0	0	1	0	1	1	0	0	1	0	0	1	0	0	0
Öffentliche Tagung der Ausschüsse	0	0,5	0,5	0,5	0,5	0	0	0	0,5	0	0,5	0	0	0	0,5	0	0	0	0,5	0	0	0	0	0	0	1
Garantierte Mitwirkung der Fraktionen in Ausschüssen	0	0	0,5	0,5	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0,5	0
Recht auf Zugang zu Behörden, Dienststellen des Landes	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Recht auf Akteneinsicht und Auskunft bei Behörden	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0,5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Verabschieden der Geschäftsordnung	0	1	1	0	0	0	0	0	1	1	1	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0

Verfassung Westberlins auf dem Stand Oktober 1990.

Quellen: BE: Verfassung von Berlin vom 1. September 1950; Verfassung von Berlin (Ost) vom 23. Juli 1990; Verfassung von Berlin vom 23. November 1995; BB: Landtag Brandenburg, Drucksache 1/6 (vorläufige Satzung); Zweiter überarbeiteter Entwurf der Verfassung für das Land Brandenburg; Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992; MV: Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 1/2 (vorläufige Satzung); Verfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Entwurf); Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Verfassungskommission, Kommissions-Drucksache 5; Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Mai 1993; SN: Sächsischer Landtag, Drucksache 1/1 (vorläufige Satzung); Sächsischer Landtag, Drucksachen 1/25 (CDU-FDP), 1/26 (LL-PDS), 1/29 (Bündnis 90/Grüne); Verfassung des Freistaates Sachsen vom 27. Mai 1992; ST: Landtag von Sachsen-Anhalt, Drucksache 1/3 (vorläufige Satzung), 1/253 (CDU-FDP), 1/78 (Bündnis 90/Grüne), 1/260 (SPD); Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Juli 1992; TH: Thüringer Landtag, Drucksache 1/3 (vorläufige Satzung), 1/285 (CDU), 1/301 (FDP), 1/659 (NF/GR/DJ), 1/590 (SPD), 1/678 (LL-PDS); Verfassung des Freistaates Thüringen vom 25. Oktober 1993.

Tabelle A12: Codierung Umgang mit dem alten System und seinen Trägern

	0	0,5	1
Beschränkung des Zugangs zum öffentlichen Dienst	Keine Regelungen	Standardüberprüfung für einzelne ehemalige staatstragende Positionen	Breite Standardprüfung nach Kriterien und kein Zugang zum öffentlichen Dienst im Falle eines Positivbescheids
Beschränkung des Zugangs zu Mandaten und öffentlichen Ämtern	Keine Regelungen	Standardüberprüfung für einzelne ehemalige staatstragende Positionen	Breite Standardprüfung nach Kriterien und Aberkennung von Mandat, Amt, Position im Falle eines Positivbescheids
Individuelle Wiedergutmachung gegenüber Opfern	Nein	Unverbindliche Selbstverpflichtung des Staates	Konkrete Verpflichtungen

Gesellschaftliche Aufarbeitung der Vergangenheit	Nein	Unverbindliche Selbstverpflichtung des Staates	Konkrete Verpflichtungen
Eigentumsrechte	Festschreibung, dass Bodenreform und Enteignung bis 1949 rechtmäßig sind	Festschreibung, dass bestimmte, in der SBZ/DDR verliehen Eigentumsrechte nicht gültig sind und/oder selektive oder unverbindliche Verpflichtung des Staates zur Revision oder Entschädigung	Breite Festschreibung, dass in der SZB/DDR verliehene Eigentumsrechte nicht gültig sind und Verpflichtung des Staates zur Revision oder Entschädigung

Tabelle A13: Regelungsintensität Umgang mit dem alten System und seinen Trägern

	SN				TH						ST				MV			BB		BE		
	CDU-FDP	B90/Grüne	LL-PDS	Verfassung	CDU	FDP	NF/GR/DJ	SPD	LL-PDS	Verfassung	CDU-FDP	B90/Grüne	SPD	Verfassung	RegionalA	CDU	Verfassung	II. Entw. RB	Verfassung	Verf. W-BE	Verf. O-BE	Verfassung
Beschränkung des Zugangs zum öffentlichen Dienst	1	0	0	1	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Beschränkung des Zugangs zu Mandaten und öffentlichen Ämtern	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Individuelle Wiedergutmachung gegenüber Opfern	0,5	0	0	0,5	0	0	0	0,5	0	0	0	0	0	0	0,5	0	0	0	0	0	0	0
Gesellschaftliche Aufarbeitung der Vergangenheit	0	0	0	0,5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Eigentumsrechte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Verfassung Westberlins auf dem Stand Oktober 1990.

Quellen: BE: Verfassung von Berlin vom 1. September 1950; Verfassung von Berlin (Ost) vom 23. Juli 1990; Verfassung von Berlin vom 23. November 1995; BB: Zweiter überarbeiteter Entwurf der Verfassung für das Land Brandenburg; Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992; MV: Verfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Entwurf); Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Verfassungskommission, Kommissions-Drucksache 5; Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Mai 1993; SN: Sächsischer Landtag, Drucksachen 1/25 (CDU-FDP), 1/26 (LL-PDS), 1/29 (Bündnis 90/Grüne); Verfassung des Freistaates Sachsen vom 27. Mai 1992; ST: Landtag von Sachsen-Anhalt, Drucksachen 1/253 (CDU-FDP), 1/78 (Bündnis 90/Grüne), 1/260 (SPD); Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Juli 1992; TH: Thüringer Landtag, Drucksachen 1/285 (CDU), 1/301 (FDP), 1/659 (NF/GR/DJ), 1/590 (SPD), 1/678 (LL-PDS); Verfassung des Freistaates Thüringen vom 25. Oktober 1993.

Tabelle A14: Codierung Verhältnis zwischen Staat und Religion/Kirche

	0 (schwach)	0,2	0,4	0,5 (mittel)	0,6	0,8	1 (stark)
Inkorporation Weimarer Kirchenartikel	Nein						Ja
Weltanschauliche Neutralität des Staates	Trennung zwischen Staat und Kirche			Keine Staatskirche, aber gewisse Verpflichtungen, z.B. Leistungen durch Vertrag geregelt			Staatskirche oder umfassende staatliche Verpflichtungen gegenüber Kirche
Selbstbestimmung der Religionsgemeinschaften	Nein			Teils: bei Erfüllung von Aufgaben frei von staatlichen Eingriffen			Ja: Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet Angelegenheiten selbständig
Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften mit Recht auf Eigentum und Vermögen	Nicht erwähnt			Freiheit der Vereinigung ohne Eigentum/nur Recht auf Eigentum			Ja
Schutz des Sonntags als Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung	Nein/nicht erwähnt			Ohne religiösen Bezug			Ja
Recht auf Wirken in öffentlichen Einrichtungen	Nein			Gottesdienst und Seelsorge			Wirken in öffentlichen Einrichtungen
Religions- und Ethikunterricht	Nicht geregelt			Ordentliches Lehrfach mit Möglichkeit eines Ersatzfaches (Ethik) oder Ethik als Lehrfach mit Religion als Ersatzfach/Recht auf Religionsunterricht			Religions- oder Ethikunterricht als ordentliches Lehrfach und Zusatzangebote
Religiöser Bezug bei Erziehungszielen	Nein			Verweise auf Glauben (anderer), Nächstenliebe o.ä., Ehrfurcht vor Leben			Ja
Rücksicht auf religiöse Empfindungen anderer in Schulen	Nein						Ja

Staatliche Anerkennung/Förderung der Kirchen und Religionsgemeinschaften	Nein			Anerkennung und/oder Förderung bei eingegrenzten Sachverhalten, z.B. soziale Arbeit bzw. Einrichtungen selbst oder Baudenkmäler			Ja, umfassend geregelt oder bei vielen Sachverhalten (über soziale Tätigkeit hinaus), z.B. Kostenbeteiligung bei Diakonie oder kirchlicher Baudenkmäler
Stellung von Kirchen und Vereinigungen bei Religionsunterricht gegenüber Staat	Nicht geregelt			Nach Grundsätzen der Kirche und Religionsgemeinschaften unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates			Angelegenheit der Kirchen und Religionsgemeinschaften
Stellung der Kirchen/Religionsgemeinschaften im öffentlichen Leben	nein			Besondere Bedeutung der Kirchen und Religionsgemeinschaften oder explizites Recht, zu Fragen des öffentlichen Lebens Stellung zu nehmen oder Anerkennung eines Öffentlichkeitsauftrages			Staat veröffentlicht Kirchenpositionen
Schutz der Kirchen vor politischem Missbrauch	Nein						Ja
Theologische Ausbildung	Keine oder unverbindliche Festlegungen	Nur Recht der Kirchen, eigene Ausbildungseinrichtungen zu unterhalten	Verpflichtung des Staates, Voraussetzungen für die Ausbildung an Universitäten zu schaffen		Garantie der Kirchen auf eigene Fakultäten an staatlichen Hochschulen	Garantie der Kirchen auf eigene Fakultäten an staatlichen Hochschulen, die im Benehmen mit den Kirchen personell besetzt werden	Garantie der Kirchen auf eigene Fakultäten an staatlichen Hochschulen, die durch die Kirchen personell besetzt werden und von der Hochschulfreiheit ausgenommen sind

Tabelle A15: Regelungsintensität Verhältnis zwischen Staat und Religion/Kirche

	SN	TH	ST	MV	BB	BE
--	----	----	----	----	----	----

	CDU-FDP	B90/Grüne	LL-PDS	Verfassung	CDU	FDP	NF/GR/DJ	SPD	LL-PDS	Verfassung	CDU-FDP	B90/Grüne	SPD	Verfassung	RegionalA	CDU	Verfassung	II. Entw. RB	Verfassung	Verf. W-BE	Verf. O-BE	Verfassung
Inkorporation Weimarer Kirchenartikel	1	0	0	1	1	0	0	0	0	1	1	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0
Weltanschauliche Neutralität des Staates	1	0	0	1	0,5	0	0	0	0	0	0	0,5	0,5	0,5	0,5	0	0,5	0	0	0	0,5	0
Selbstbestimmung der Religionsgemeinschaften	0,5	1	1	0,5	1	1	1	1	1	0	0,5	1	1	1	0	0	0	1	1	0	1	0
Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften mit Recht auf Eigentum und Vermögen	0	0,5	0,5	0	0	0,5	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,5	0,5	0	0	0
Schutz des Sonntags als Tag der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung	0	0,5	0,5	0	0	0	0	0,5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,5	0,5	0,5	0	0,5
Recht auf Wirken in öffentlichen Einrichtungen	0	1	1	0	0,5	0	0	0,5	0	0	0	0,5	0,5	0	0	0	0	0,5	0,5	0	0,5	0
Religions- und Ethikunterricht	1	0,5	0,5	1	0,5	1	0	1	0,5	1	0,5	0,5	1	1	0	0	0	0,5	0	0	0	0
Religiöser Bezug bei Erziehungszielen	0,5	0	0	0,5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0,5	0	0,5	0	0,5	0	0	0
Rücksicht auf religiöse Empfindungen anderer in Schulen	1	1	1	0	1	0	0	1	0	1	0	0	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0
Staatliche Anerkennung/Förderung der Kirchen und Religionsgemeinschaften	1	1	1	1	0,5	0	0,5	1	0	0,5	0,5	0,5	1	0,5	1	0	0,5	0,5	0	0	0,5	0
Stellung von Kirchen und Vereinigungen bei Religionsunterricht gegenüber Staat	0,5	1	1	0,5	0	0	0	0,5	0	0	0	0	0	0,5	0	0	0	0,5	0	0	0	0
Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften im öffentlichen Leben	0,5	0	0	0,5	0,5	0	0	0	0	0	0	0	0	0,5	0,5	0	0	0	0,5	0	0	0
Schutz der Kirchen vor politischem Missbrauch	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Theologische Ausbildung	0,8	0,4	0,4	0,8	0,8	0	0,8	0	0,8	0,8	0,8	0	0	0	0	0	0,6	0	0,8	0	0	0

Verfassung Westberlins auf dem Stand Oktober 1990.

Quellen: BE: Verfassung von Berlin vom 1. September 1950; Verfassung von Berlin (Ost) vom 23. Juli 1990; Verfassung von Berlin vom 23. November 1995; BB: Zweiter überarbeiteter Entwurf der Verfassung für das Land Brandenburg; Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992; MV: Verfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Entwurf); Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Verfassungskommission, Kommissions-Drucksache 5; Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Mai 1993; SN: Sächsischer Landtag, Drucksachen 1/25 (CDU-FDP), 1/26 (LL-PDS), 1/29 (Bündnis 90/Grüne); Verfassung des Freistaates Sachsen vom 27. Mai 1992; ST: Landtag von Sachsen-Anhalt, Drucksachen 1/253 (CDU-FDP), 1/78 (Bündnis 90/Grüne), 1/260 (SPD); Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Juli 1992; TH: Thüringer Landtag, Drucksachen 1/285 (CDU), 1/301 (FDP), 1/659 (NF/GR/DJ), 1/590 (SPD), 1/678 (LL-PDS); Verfassung des Freistaates Thüringen vom 25. Oktober 1993.

Tabelle A16: Länge der Verfassungen

	SN	TH	ST	MV	BB	BE
Anzahl der Artikel der verabschiedeten Verfassung	122	106	101	80	117	101
Anzahl der Zeilen*	837	720	797	612	888	629

*Grundlage sind die identisch formatierten Texte mit Präambel, ohne Leerzeilen und Überschriften.
Eigene Auswertung.

Quelldaten: Verfassung von Berlin vom 23. November 1995; Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992; Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Mai 1993; Verfassung des Freistaates Sachsen vom 27. Mai 1992; Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Juli 1992; Verfassung des Freistaates Thüringen vom 25. Oktober 1993.

Demokratisierung in Ostdeutschland
Verfassungspolitische Weichenstellungen in den neuen
Ländern und Berlin

Lorenz, A.

2013, IX, 428 S. 8 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-03186-2